

# INFO AKTUELL SONDERBEILAGE

## November 2008

### Letzte Meldungen:

Nach Redaktionsschluss haben die Spitzen der Großen Koalition noch wichtige Entscheidungen getroffen: Nach dreitägigen Verhandlungen stehen die Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2009/10 sowie die Eckdaten zur Wiedereinführung der mittelbaren Wahl der Landräte. Hier die Details:

### Koalitionsfraktionen zum Doppelhaushalt 2009/10

Die Spitzen der Fraktionen von CDU und SPD haben ihre Änderungsanträge zum Schleswig-Holsteinischen Doppelhaushalt 2009/10 vorgelegt:

„Die wichtigsten Schwerpunkte dieser Großen Koalition sind und bleiben neben der Sanierung des Haushaltes die Bildungs- und Familienpolitik. Dies kommt erneut in den Änderungsvorschlägen von CDU und SPD zum Ausdruck. Wir tun in einem verfassungsmäßigen Doppelhaushalt noch mehr für Bildung, Familien, und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Dies ist deshalb möglich, weil wir endlich mit einer Arbeitsgruppe in ein wirksames Personalmanagementkonzept für das Land einsteigen“, erklärte CDU-Fraktionschef Dr. Johann Wadephul in einer Pressekonferenz am 25. November.

### 1. Verbesserungen bei Bildung, Wissenschaft und für Familien

- 100 Lehrerstellen zusätzlich für die Gymnasien
- Förderung der Qualifizierung von Lehrkräften für die Hochbegabtenförderung
- Verstärkte Förderung von gebundenen Ganztagschulen
- Verstärkte Förderung der Lesekompetenz
- Exzellenzclusterförderung
- Zusätzliche Förderung der Musikhochschule
- Zusätzliche Förderung der Fachhochschule Wedel
- Zusätzliche Förderung der Fachhochschule Westküste
- Förderung Academia Baltica
- Aufstockung der Mittel für die Volkshochschulen; u.a. ist es dort weiter möglich, Kurse zur Erlangung des Realschulabschlusses zu besuchen
- Förderung von „Kein Kind ohne Mahlzeit“
- Beteiligung des Landes an den Kosten für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit

„Mit der Profilbildung an den Gymnasien und der Verkürzung der Schulzeit haben wir den gymnasialen Bildungsgang in Schleswig-Holstein wettbewerbsfähig gemacht.

Es ist der CDU-Landtagsfraktion besonders wichtig, die Schulen auch in die Lage zu versetzen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Dem kommen wir mit 100 zusätzlichen Stellen jetzt nach. Auch in den Ganztagsangeboten bringen wir unsere Schulen voran. In der Hochbegabtenförderung wird nach der Auswertung unserer großen Anfrage ein großer Schritt nach vorne gemacht“, so Fraktionschef Wadephul.

Weiterhin sei die Koalition übereingekommen, die öffentlich Bediensteten ein Stück weit zu entlasten:

„Diesen haben wir beim letzten Doppelhaushalt besonders viel zugemutet“, erklärte Wadephul. Für die CDU-Fraktion bleibe es dabei, dass die öffentlich Bediensteten anständig bezahlt werden müssten: „Unsere Kinder brauchen gute Lehrer, unsere Studenten gutes wissenschaftliches Personal, wir brauchen gute Polizisten und Feuerwehrleute, das Land braucht gute Mitarbeiter in den Ministerien. Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Mit der Sonderzahlung in Höhe von 330 Euro für alle Anwärtinnen und Anwärter steigern wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Wir haben nicht zu teure öffentliche Bedienstete, wir haben zu viele.“

### 2. Verbesserungen für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und ihre Familien:

- Alle Anwärtinnen und Anwärter im öffentlichen Dienst sollen in den Jahren 2009/10 330 Euro Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) erhalten
- Keine Streichung der Ausgleichszahlungen für Beamte des Vollzugsdienstes, des Einsatzdienstes der Feuerwehr und Beamte im Flugverkehrskontrolldienst, die vor Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand treten (§ 48 Beamtenversorgungsgesetz)
- Verbesserung der Alimentierung kinderreicher Beamter im Hinblick auf das dritte und jedes weitere Kind

### 3. Weitere wichtige Anträge:

- Sechs zusätzliche Stellen für Staatsanwälte
- Die Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen für Kommunen mit hohem Altschuldenstand werden auf 36 Mio. in 2009 und 50 Mio. Euro in 2010 aufgestockt.
- Für Konsumzwecke nicht verausgabte Mittel können für zusätzliche Investitionen verausgabt werden; der umgekehrte Weg dagegen wird verbaut
- Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres
- Förderung des Bündnisses Eine Welt SH (BEI)
- Förderung der Jugendpresse wird verdoppelt
- Förderung der lokalen Bündnisse für Familien
- Förderung der Verbraucherzentrale

Johann Wadehul: „Mit der Aufstockung der Fehlbetrags- und Sonderzuweisungen schaffen wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen der Solidarität seitens der finanzstärkeren und der Eigenverantwortung der finanzschwächeren Gemeinden.“ Die sechs weiteren Stellen für Staatsanwälte sind dringend notwendig, damit die Justiz schnell arbeiten kann.“

### Das politische Ehrenamt wird gestärkt

Die Direktwahl der Landräte wird abgeschafft, das politische Ehrenamt wird in Schleswig-Holstein nachhaltig gestärkt. Das "Leitbild" des "alten" Kreisausschusses wird wieder eingeführt, dem Ausschuss wird eine Organstellung übertragen. Die Entscheidungsbefugnisse im Verhältnis zum Landrat liegen beim Ausschuss als Kollegialorgan. Darauf

haben sich die Landtagsfraktionen von CDU und SPD verständigt.

Mit Blick auf die notwendige funktionsgerechte Aufgabenausstattung des Kreistages und die Machtbalance zwischen haupt- und ehrenamtlicher Stellung/Legitimation ist die gegenwärtig umfangreiche Aufgabenausstattung des Landrates neu zu gewichten. Hierfür ist die Wiedereinführung des "alten" Kreisausschusses als vom Kreistag gewähltes und proportional zu dessen Sitzverteilung besetztes Kollegialorgan die sachgerechte Lösung. Die CDU-Landtagsfraktion hatte am Freitag mit kommunalen Spitzenvertretern das Thema beraten. Grundlage waren die Beschlüsse des Koalitionsausschusses und die Beschlüsse der Landesparteitage von CDU und SPD. Der CDU-Landesparteitag hatte am 1. November 2008 - mit knapper Mehrheit - sich dafür ausgesprochen, dass die Landräte künftig nur noch mittelbar, also durch die Kreistage, gewählt werden.

### Die notwendigen gesetzlichen Änderungen werden in zwei Schritten herbeigeführt:

1. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landratswahlen in einigen Kreisen wird in einem ersten Schritt ein Vorschaltgesetz in den Landtag eingebracht, das die Direktwahlen aussetzt.
2. Es wird ein Gesetz zur Wiedereinführung der mittelbaren Wahl von Landräten und zur Stärkung des politischen Ehrenamtes durch die Landtagsfraktionen von CDU und SPD eingebracht. Dies soll bis Ende 2009 verabschiedet sein.

Innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens werden einzelne Punkte des Rahmens der Arbeit des Ausschusses zu erörtern sein.